

Zur Lage

F.B. Die Gegensätze im Innern unseres Landes spigen sich immer mehr zu und lassen jeden aufrichtigen Schweizer mit banger Sorge in die Zukunft blicken. Dank den von Tag zu Tag heftiger einlegenden Hysterien in der Presse, in den Versammlungen und ihren Resolutionen und in der öffentlichen und privaten Diskussion hat sich unserer welschen Eidgenossen eine Aufregung bemächtigt, deren Folgen je länger je schwerer zutage treten. Es scheint, daß man in gewissen Kreisen alle Besinnung und jedes Verständnis für die gegenwärtige und zukünftige Lage unseres Landes verloren hat. Vorgänge, wie die Ausschreitungen in Lausanne, wie die Resolution einer frommen christlichen Vereinigung — der Union chrétienne de Boudry —, welche unsre Soldaten ganz offen zur Meuterei auffordert, und wie die stete Beschuldigung aller derjenigen Mitbürger, die in dieses wüste Lärmen nicht mit-einstimmen, es sei ihnen mit der Neutralität nicht ernst, ließen sich sonst nicht erklären.

Man verhehle sich nicht, daß auch in der deutschen Schweiz, die sonst derartige Ausbrüche des welschen Temperamentes ruhiger zu nehmen pflegt, die Empörung über dieses Treiben und die Sorge wegen der daraus entstehenden Folgen nachgerade derart gewachsen sind, daß wir heute wohl vor der ernstesten Krise stehen, die unser Land seit der Gründung des neuen Bundes durchgemacht hat, und daß so rasch als möglich Mittel und Wege zur Verständigung gefunden werden müssen, um die Gefahr schwerer Ereignisse zu beseitigen.

Das was wohl auch der Grund, warum der Bundesrat von sich aus die Einberufung der Bundesversammlung vor dem festgesetzten Zeitpunkt, immerhin aber nach dem Urteilspruch in der Oberstenaffäre, in Aussicht genommen hat, um den Vertretern des Schweizervolkes klar und offen Bericht zu geben und Rechenschaft abzulegen über seine Maßnahmen und über die Lage des Landes. Niemand wird in diesem Entschlusse ein Zeichen der Schwäche erblicken können, und es ist zuzugeben, daß bei einigem guten Willen eine ruhige und offene gegenseitige Aussprache geeignet ist, die Gemüter zu beruhigen.

Um die traurigen Vorkommnisse zu entschuldigen und zu beschönigen, beruft man sich immer und immer wieder auf die Oberstenaffäre, und man scheut sich nicht, für das strafbare Verhalten der beiden Offiziere nicht nur den General und den Bundesrat, sondern auch die ganze deutsche Schweiz verantwortlich zu machen, wie wenn die böse Tat mit ihrem Einverständnis begangen worden wäre und ihre Billigung fände. Dagegen muß ein für allemal mit Entrüstung protestiert werden. Die Empörung über das Verhalten der beiden Offiziere ist in der deutschen Schweiz mindestens so ehrlich wie bei den Welschen, und jedermann ist der Meinung, daß sie, mag das Urteil ausfallen wie es will, aus unserer Armee verjähren müssen. Aber mit der gleichen Bestimmtheit müssen wir es ablehnen, daß diese vereinzelte Affäre mit dem neutralitätswidrigen Verhalten eines Teiles der Welschschweizer in Zusammenhang gebracht wird, und daß man die beiden Offiziere aufhängt, bevor ihre Schuld durch gerichtliches Urteil festgestellt ist. Das würde direkt zur Anarchie führen, denn gerade für die Demokratie sind Gesetz und Recht das notwendigste Lebenselement.

Es ist auch dringend nötig, sich über die Bedeutung der Postulate, die von den verschiedenen Seiten an die Bundesversammlung gestellt werden, klar zu werden und zu denselben und den anderweitigen Vorschlägen rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Von einer Beschränkung der dem Bundesrat zu Beginn des Krieges erteilten Vollmachten kann gerade im heutigen ernstesten Zeitpunkt, der eine feste und entschlossene Hand für die Existenz und für die Erhaltung des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz zur absoluten Notwendigkeit macht, keine Rede sein.

Das Schweizervolk hat bis dahin dem Bundesrate angesichts der Energie und Umsicht, mit der er während dieses entsetzlichen Krieges die Interessen des Landes gewahrt hat, das vollste Vertrauen entgegengebracht und wird das auch weiter tun. Eine Beschränkung seiner Befugnisse bedeutet gerade heute nichts anderes als das Zugeständnis, daß die Be-

hörde dieses unbedingte Vertrauen nicht mehr verdiene und nicht mehr beiste, und dafür ist die überaus große Mehrheit des Schweizervolkes und seiner Vertreter nicht zu haben. Das muß mit aller Bestimmtheit schon heute erklärt werden, und jeder einsichtige Schweizerbürger muß mit Entrüstung gegen die künstliche Hege protestieren, mit der man von gewisser Seite dieses Vertrauen zu untergraben sucht.

Man verlangt im weitem die Abberufung des Generals und die direkte Unterstellung der militärischen Maßnahmen unter den Chef des Militärdepartementes und den Bundesrat.

Die einen wollen den General abberufen und ihn durch einen andern höhern Offizier ersetzen, trotzdem der Bundesrat, der für diese Abberufung einzig zuständig ist, öffentlich erklärt hat, daß er keinerlei Veranlassung zu einer solchen Maßnahme habe. Auch sie wäre nur gerechtfertigt, wenn der General seine Machtbefugnisse mißbraucht hätte, oder wenn das strafbare Verhalten der beiden Offiziere mit seiner Kenntnis und Einwilligung erfolgt wäre, wessen er ja von gewissen Leuten ohne den geringsten Grund ganz offen beschuldigt wird. Niemand hat bis jetzt die geringste Tatsache anführen können, die eine so infame Beschuldigung rechtfertigen könnte; man bezweckt damit ganz offenbar nur, auch dem General gegenüber im ganzen Lande herum und in der Armee die Saat des Mißtrauens zu säen.

Die andern halten ein Oberkommando für den Zustand der bewaffneten Neutralität überhaupt für unnötig. Bedenken sie nicht, daß gerade heute, wo die Kriegslage namentlich an der Westfront eine so gespannte ist, kein Mensch die Garantie dafür übernehmen kann, daß wir nicht in wenigen Wochen unsere Neutralität mit der Waffe in der Hand zu wahren haben werden, daß von einem Tag auf den andern der ganze Ernst des Krieges direkt an uns herantreten kann, und wie unsere Armee für diesen Ernstfall ohne einheitliche, sachkundige energische Führung dastehen würde.

Will man dem Bundesrat, dem man ja von der gleichen Seite, die derartige Postulate aufstellt, das gleiche Mißtrauen entgegenbringt, zu all seiner verantwortungsvollen außerordentlichen Arbeit auch noch die Verantwortlichkeit für alle militärischen Maßnahmen aufbürden, trotzdem jeder einsichtige Mensch sich sagen muß, daß es ihm unmöglich ist, auch dieser neuen Aufgabe gerecht zu werden. Die Geschichte und die gegenwärtigen Kriegereignisse beweisen ja aufs allerdeutlichste, daß ein politischer Kriegsrat das allerschlimmste Hindernis für den militärischen Erfolg bildet, und man begreift um so weniger, daß auch nach dieser Richtung die Vorgänge, die sich in Frankreich abspielen, in unser Land gerade in einem Moment hineingetragen werden sollen, wo dort alle Einseitigen mit aller Entschiedenheit derartige Postulate von der Hand weisen.

Auch diese Postulate müssen daher rundweg abgelehnt werden. Sie können unmöglich von Leuten ausgehen, welche die Interessen unseres Landes und die Erhaltung seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit in allererster Linie im Auge haben.

Man wird sich auch darüber klar werden müssen, in welchem Umfange und in welcher Art und Weise alle diese Dinge in der Bundesversammlung zur Erörterung gelangen sollen. Denn das müssen sich diejenigen Eidgenossen, die heute das große Wort führen und sich als die einzigen wahren Hüter der Freiheit ausspielen, gesagt sein lassen, daß, wenn man einmal gezwungen wird, unserer Empörung über das ganze Treiben und seine Folgen Ausdruck zu geben, das mit aller Gründlichkeit geschehen wird, damit dem ganzen Schweizervolk einmal die Augen darüber geöffnet werden, auf welcher Seite die Schuld an der heutigen unhaltbar gewordenen innern Lage unseres Landes liegt.

Ob eine derartige Erörterung geeignet ist, Beruhigung zu bringen, ob damit nicht die Gefahr vergrößert und direkt Del ins Feuer geschüttet und ob damit nicht mindestens die gegenseitige Entfremdung verstärkt wird, mag jeder aufrichtige Patriot selbst beurteilen.

Es gibt nur ein Mittel, dieser äußerst ernstesten Lage Herr zu werden, und dieses Mittel liegt nicht in der Berufung auf die absolute individuelle Freiheit, alles zu tun und

alles zu sagen, was einem gefällt; es liegt nicht in der absoluten Wahrung der verfassungsmäßigen individuellen Rechte und in der blinden fanatischen Parteinahme für diese oder jene der kriegsführenden Mächte. Dieses Mittel liegt einzig in einer festen entschlossenen Hand, die in diesen Stürmen das Steuerruder führt und zu der wir alle das vollste Vertrauen haben, es liegt in dem bestimmten Willen jedes Schweizerbürgers, in diesen ernstesten Zeiten nur als Schweizer sich zu fühlen, alle persönlichen Wünsche, Sympathien und Antipathien hintanzusetzen, die Opfer, die das Vaterland uns auferlegt, willig auf sich zu nehmen und sein Denken und Handeln nur dem Vaterlande zu widmen, es liegt endlich in dem engen Zusammenfluß aller verständigen und patriotisch gesinnten Männer, und deren gibt es in allen Teilen der Schweiz glücklicherweise noch genug, in dem festen Entschlusse, bei jeder Gelegenheit und an jedem Orte ihren Mitbürgern klar zu machen und ans Herz zu legen, daß es heute für uns Schweizerbürger nur ein Ziel gibt, unser liebes Vaterland unverfehrt einer bessern Zukunft entgegenzuführen.